

Nicht zu Lasten der Bildungsgerechtigkeit!

GEW Groß-Gerau: Appell an die Landtagsabgeordneten des Kreises

Bei ihrem Treffen am 12.11.2025 in Groß-Gerau unterstützten die Personalräte und GEW-Vertrauensleute am 12.11.25 den offenen Brief des GEW-Kreisvorstands an die für unseren Kreis zuständigen Landtagsabgeordneten Sabine Bächle-Scholz (CDU), Ines Claus (CDU), Kerstin Geis (SPD), Nina Eisenhardt (Grüne) und Oliver Stirböck (FDP).

Die Opposition hat inzwischen geantwortet...

Bündnis 90/Die Grünen: Nina Eisenhardt ist Sprecherin der grünen Landtagsfraktion für Hochschulen, Wissenschaft und künstliche Intelligenz und war Direktkandidatin im Wahlkreis Groß-Gerau II. Sie brachte in ihrer ausführlichen Stellungnahme ausführlich zum Ausdruck, dass sie unsere Sorge über die Kürzungspolitik der schwarz-roten Landesregierung in Hessen teile, die unter anderem den Bildungsbereich stark betreffe. So habe Kultusminister Schwarz als eine seiner ersten Amtshandlungen das Corona-Aufholprogramm gestrichen, obwohl die Auswirkungen der Schulschließungen während der Pandemie den Schüler:innen noch in den Knochen stecken, wie etwa die jüngsten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends deutlich gezeigt haben. Aber anstatt, wie von den Grünen gefordert, allen Schulen in Hessen dauerhaft ein Chancenbudget für zusätzliche Fördermaßnahmen in Höhe von insgesamt 20 Mio. Euro im Jahr zur Verfügung zu stellen, haben CDU und SPD den Schulen auch noch 20 Mio. Euro aus ihren Rücklagen gestrichen. Und das Startchancenprogramm des Bundes, das noch die Ampelregierung im Bund auf den Weg gebracht hatte und mit dem zehn Jahre lang 320 hessische Schulen mit einer besonders herausfordernden Schülerschaft zusätzlich gefördert werden, wolle die Landesregierung nicht mit zusätzlichen Eigenmitteln unterstützen.

Besonders verheerend sei die Lage derzeit an Hessens Hochschulen: Wegen der Kürzungspolitik drohen etwa 10 Prozent der Stellen an Hessens Hochschulen wegzubrechen, alle Hochschulen diskutieren derzeit, welche Studienangebote geschlossen werden sollen. Die Technische Universität Darmstadt plant etwa, das Institut für Sportwissenschaften und die Studiengänge zum beruflichen Lehramt zu schließen. Dabei gebe es in Hessen bereits einen erheblichen Lehrkräftemangel, unter anderem im Berufsschullehramt und im Fach Sport. Jetzt genau diese Ausbildungskapazitäten zu verknappen, sende ein verheerendes Signal und gefährde die Unterrichtsversorgung von morgen. Die Grünen haben wiederholt gefordert, die Hochschulen mit einem Sonderprogramm zum Ausgleich der Tarifkostensteigerungen noch in diesem Jahr zu unterstützen.

Frau Eisenhardt versicherte uns gegenüber, dass die Grünen sich in den kommenden Wochen und Monaten, in denen im Hessischen Landtag über den Nachtragshaushalt und den Haushalt 2026 beraten wird, weiterhin für mehr Investitionen in die Bildung in Hessen stark machen werden. Denn wer bei der Bildung mit der Begründung kürze, dass die wirtschaftliche Lage schlecht sei, handle kurzsichtig. Denn diese Kürzungen werden sich wiederum negativ auf die zukünftige Fachkräfteversorgung und die wirtschaftliche Lage in Hessen auswirken. Davon abgesehen stehe sie auch in einem regelmäßigen Austausch mit der GEW auf Landesebene, um die gemeinsamen Interessen zu koordinieren, z.B. eine gemeinsame Pressekonferenz zum Hochschulpakt.

FDP: Oliver Stirböck ist seit 2019 Mitglied des Hessischen Landtags, Kreisvorsitzender der FDP in Offenbach und in der FDP-Fraktion auch für den Kreis Groß-Gerau zuständig. Die Freien Demokraten seien fest davon überzeugt, dass Schulen und Lehrkräfte Autonomie brauchen und die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um bestmögliche Bildung vor Ort zu realisieren. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man kontrollieren, dass die Landesregierung im Bereich Bildung keine Tricks anwendet und die Bildung in Hessen nachhaltig gut finanziert. Bildung müsse langfristig finanziert sein, und trotz der angespannten Haushaltslage solle die Landesregierung dort die Wichtigkeit von Bildung unterstreichen. Fachkräfte müssen ordentlich bezahlt werden, gerade in den Bereichen, die sonst weniger bedacht sind, wie die wichtige Arbeit an Grundschulen und Förderschulen. Man habe auch die Erwartungshaltung, dass die Landesregierung die Sonderverschuldung des Bundes und der Landesanteile dafür nutzt, um Priorität bei der Sanierung und Modernisierung von Infrastruktur im Bildungsbereich zu setzen.

Nachdem Frau Eisenhardt (Grüne) und Herr Stirböck (FDP) umgehend auf unsere Anfrage geantwortet und ihre Unterstützung für die von uns formulierten Positionen im Landtag zugesagt haben, stand eine Reaktion der CDU und der SPD bis Anfang Dezember leider noch aus.

Robert Hottinger